

Drei-Länder-Vergleich

Deutschland mit größtem Elan

Deutschland hat in den vergangenen zwölf Monaten eine bessere Wirtschaftspolitik betrieben als die Schweiz und Österreich. Dies zeigt das D A CH-Reformbarometer, das beurteilt, wie Vorhaben in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Sozial- sowie Steuer- und Finanzpolitik die ökonomischen Rahmenbedingungen in den drei Ländern verändert haben.

Das Reformbarometer – das für September 2002 auf 100 normiert ist – stieg demnach beim Spitzenreiter Deutschland von Oktober 2008 bis September 2009 um 5,3 Zähler auf 111,0 Punkte. Vor allem das zweite Konjunkturpaket mit niedrigeren Steuern und mehr öffentlichen Investitionen sowie die Schuldenbremse haben zu diesem Satz nach vorn geführt.

Die Schweiz legte nur um 0,8 Zähler zu und landete mit 110,2 auf dem zweiten Platz des Barometers. Maßgeblich für das kleine Plus war unter anderem der neue Ausgleich der kalten Progression in der Einkommensbesteuerung.

Österreich bewegte sich mit 0,5 Punkten lediglich marginal aufwärts und erreichte 107,8 Zähler. Zwar wurde die Steuerreform der Alpenrepublik insgesamt positiv bewertet – an der hohen Progression bei den mittleren Einkommen haben die neuen Regelungen aber nichts geändert.

Benjamin Scharnagel, Jörg Mahlich, Ladina Schauer, Rudolf Walser: Das D A CH-Reformbarometer – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Ausgabe 2009, abrufbar unter: www.iwkoeln.de

Gesprächspartner im IW: **Dr. Benjamin Scharnagel, Telefon: 0221 4981-787**

Telefon zum Pressegespräch in Berlin am 10. Dezember: **0160 90742392**

Drei-Länder-Vergleich

Deutschland zeigt Tatkraft

Deutschland hat während der Rezession mehr Reformelan bewiesen als Österreich und die Schweiz. Diesen Schluss ziehen Ökonomen aus den drei Ländern im diesjährigen „D A CH-Reformbarometer“. Alles in allem haben die Regierungen in Berlin, Wien und Bern in der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ein recht gekonntes Krisenmanagement betrieben. Gleichzeitig häufen sich aber überall die Staatsschulden, die nun abgebaut werden müssen.*)

Die wirtschaftlichen Turbulenzen der vergangenen Monate haben die Politiker aufgeschreckt. Rasch schnürten sie Pakete, um Steuern zu senken und öffentliche Investitionen anzuschieben. So ist es letztlich der Krise zu verdanken, dass Deutschland im aktuellen D A CH-Reformbarometer noch vor Österreich und der Schweiz liegt.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse, Denkfabrik der Schweizer Wirtschaft, haben im jüngsten Reformbarometer zusammengestellt, wie gut sich die Regierungen in Sachen Arbeitsmarkt-, Sozial- sowie Steuer- und Finanzpolitik zwischen Oktober 2008 und September 2009 geschlagen haben (Kasten). Im Detail sieht das Länderranking so aus (Grafik Seite 5):

- 1. Deutschland** war am eifrigsten und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Punkte auf 111,0 Punkte verbessert.

- 2. Die Schweizer** legten nur um 0,8 Punkte zu. Mit insgesamt 110,2 Punkten landen die Eidgenossen auf Platz zwei im Drei-Länder-Vergleich.

- 3. Für Österreich** ist die Reformbilanz zwar ebenfalls positiv, aber ein Plus von mageren 0,5 Punkten auf 107,8 Punkte bedeutet den letzten Platz.

Die Gründe für die Rangfolge zeigt eine nähere Analyse:

Deutschland. Die Finanz- und Wirtschaftskrise befreite die inzwischen abgewählte Große

Koalition von ihrer reformpolitischen Agonie, die zu mehr Mindestlöhnen, längerem Arbeitslosengeld-I-Bezug und außerplanmäßigen Rentenerhöhungen

geführt hatte. Vor allem mit dem zweiten Konjunkturpaket haben Merkel und Co. Steuern und Sozialabgaben gesenkt und die öffentlichen Investitionen erhöht.

Allerdings hat Schwarz-Rot auch zahlreiche Steuerausnahmen erweitert und fragwürdige Subventionstöpfe aufgemacht. Zudem verletzt Deutschland in diesem Jahr voraussichtlich wieder das Maastricht-Kriterium, das die maximal zulässige Neuverschuldung in den Euro-

ländern auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beschränkt – die Bundesrepublik kommt 2009 wohl auf 3,4 Prozent (Grafik).

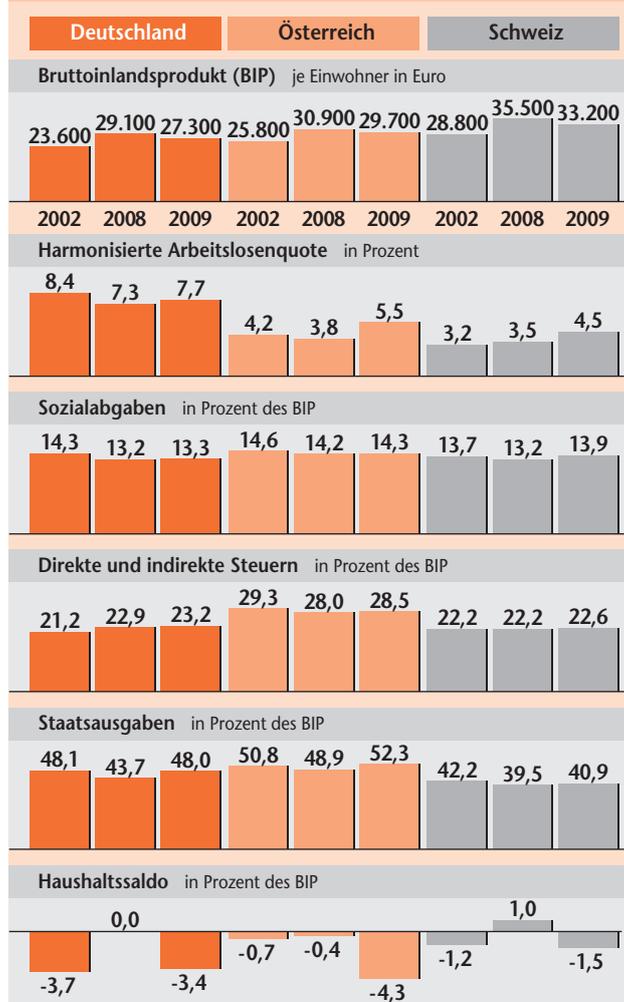
Um einer weiter ausufernden Neuverschuldung vorzubeugen, hat die Große Koalition eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Zudem haben sich die Bundesländer verpflichtet, keine dauerhaften, konjunkturunabhängigen Defizite mehr zu machen.

Weniger erfolgreich war das Duo Merkel/Steinmeier auf den sozial- und arbeitsmarktpolitischen Feldern. Zwar wurden im Sommer 2009 die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt und damit Arbeitnehmer und Unternehmen entlastet – allerdings nur, weil Geld umgeschichtet wurde: Die Regierung gewährte den gesetzlichen Krankenversicherungen einen Steuerzuschuss. Zudem hat die Große Koalition der gesetzlichen Rentenversicherung mit der Rentengarantie langfristig eine finanzielle Last aufgebürdet.

Schweiz. Die Eidgenossen konnten in den vergangenen zwölf Monaten vor allem mit ihrer Steuer- und Finanzpolitik punkten. Die Einkommensbesteuerung ist etwas effizienter,

*) Vgl. Benjamin Scharnagel, Jörg Mahlich, Ladina Schauer, Rudolf Walsler: Das D A CH-Reformbarometer – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Ausgabe 2009, abrufbar unter: www.iwkoeln.de

Drei-Länder-Vergleich: Die Krise hinterlässt ihre Spuren

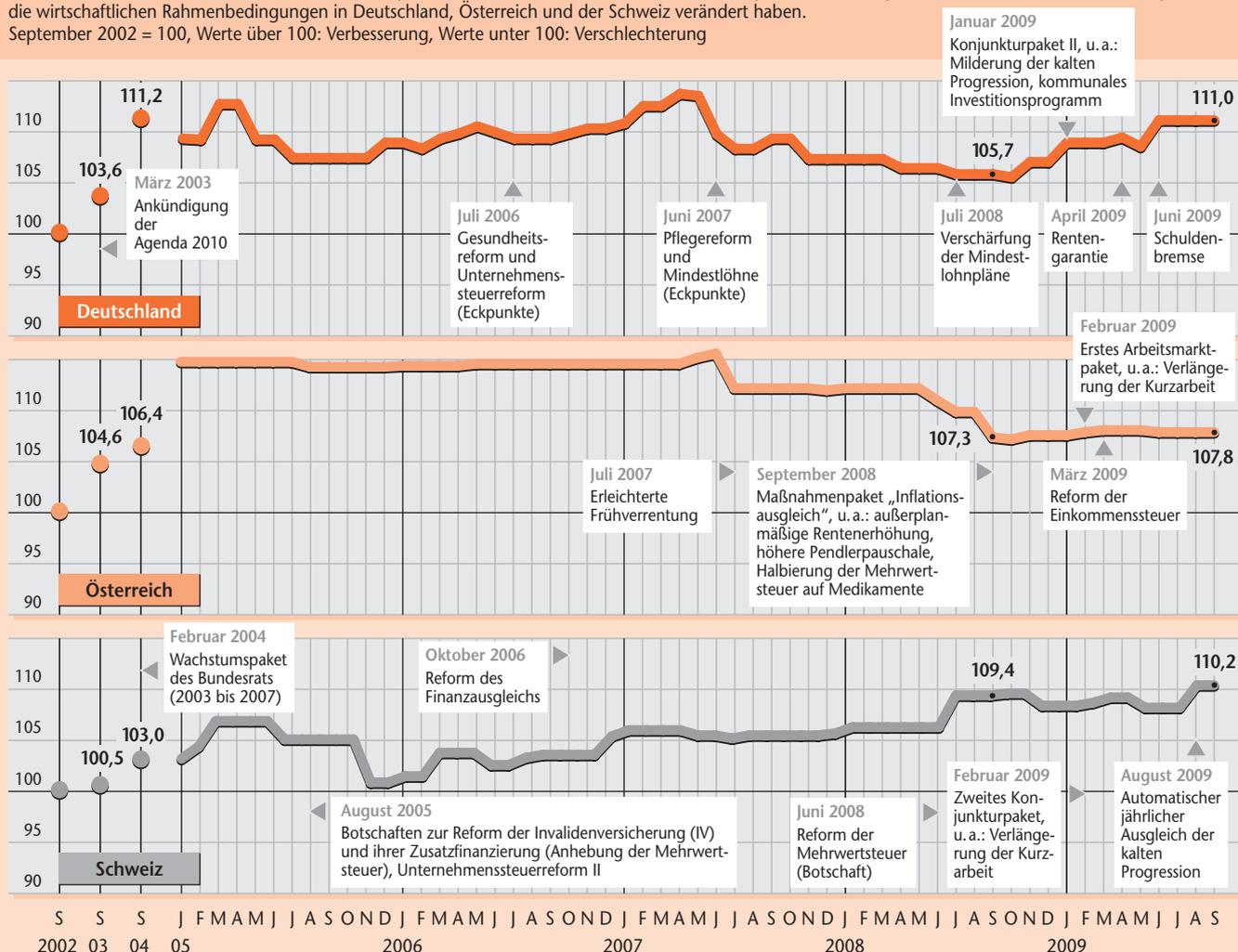


Bruttoinlandsprodukt je Einwohner: um Kaufkraftunterschiede bereinigt; harmonisierte Arbeitslosenquote: nach Definition der Internationalen Arbeitsorganisation, Erwerbslose in Prozent der Erwerbsfähigen; Sozialabgaben: auf zentralstaatlicher Ebene, in der Schweiz mit obligatorischen Krankenkassenprämien und Beiträgen zur betrieblichen Altersvorsorge; Staatsausgaben: in der Schweiz mit Ausgaben der obligatorisch finanzierten Krankenversicherung und betrieblichen Altersvorsorge; Sozialabgaben 2008, direkte und indirekte Steuern 2008 sowie alle Angaben 2009: Prognose
Quellen: Avenir Suisse, EU-Kommission, Eurostat, OECD, Wirtschaftskammer Österreich

© 2009 IW Medien - Iwd 50

D A CH -Reformbarometer: Deutschland auf Platz eins

Das D A CH-Reformbarometer beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz verändert haben. September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quellen: Avenir Suisse, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Wirtschaftskammer Österreich

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

leistungsfördernder und einfacher geworden – dank dem neuen Ausgleich der kalten Progression und weiteren kleineren Verbesserungen.

In Sachen Arbeitsmarktpolitik ließen die Kurzarbeitsregelungen das Reformbarometer nach oben tendieren. Denn die Kurzarbeit verhindert Entlassungen von Mitarbeitern, die die Unternehmen nach der Krise wieder benötigen.

Österreich. Die seit Dezember 2008 amtierende Große Koalition unter Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) hat trotz Finanz- und Wirtschaftskrise kaum reformpolitische Akzente gesetzt. Vor allem die dringend notwendigen Änderungen in der Pensions- und Krankenversicherung sind wieder vertagt worden.

Ebenso ist keine Strategie zu erkennen, wie Österreich die stark gestiegenen Schulden in absehbarer Zeit wieder ab-

bauen möchte. Und ob sich in Sachen Verwaltungs- und Föderalismusreform etwas tut, bleibt unklar.

Dass die Alpenrepublik wenigstens einen kleinen Schritt nach vorn gemacht hat, liegt im Wesentlichen an der im März 2009 beschlossenen Steuerreform – hier wäre aber weitaus mehr drin gewesen. Denn auch die neuen Regelungen haben nichts an der hohen Progression bei den mittleren Einkommen geändert.

Um die Herausforderungen der Krise zu bewältigen, legte die Politik in den

D A CH-Ländern Einfallsreichtum an den Tag. Dabei hat jedoch die haushaltspolitische Disziplin gelitten.

Die Politiker müssen sich daher vor allem daran machen, Schulden abzubauen – indem sie die Sonderprogramme für Banken und Subventionen für bestimmte Branchen zurückfahren. Andernfalls könnten sich profitierende Interessengruppen an die Extrazuwendungen gewöhnen. Das Risiko von Inflation, steigenden Zinsen und Steuererhöhungen würde dann zunehmen.

Das D A CH-Reformbarometer: Was bewertet wird

In das D A CH-Reformbarometer gehen ein: Regierungsbeschlüsse, Gesetzentwürfe, Änderungen während der parlamentarischen Beratung und verabschiedete Gesetze. Für die Schweiz werden auch Volksabstimmungen berücksichtigt. Die Punktevergabe richtet sich danach, ob sich die Reformvorhaben günstig oder ungünstig auf die Beschäftigungssituation und das Wirtschaftswachstum auswirken. Als Ausgangspunkt für den Vergleich dient der Status quo im September des Jahres 2002.